

7. Detente, 1968-1975

1. Die Rahmenbedingungen für ein neues Ost-West-Verhältnis

Das Jahr 1968 war ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte des 20. Jahrhunderts im allgemeinen und für die weitere Entwicklung des KK im besonderen. Beinahe auf der ganzen Welt demonstrierten vor allem junge Menschen gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam, der immer mehr wie die mitunter buchstäbliche Vergewaltigung eines um seine Freiheit kämpfenden Volkes der 3. Welt durch die Führungsmacht des kapitalistischen und - trotz Dekolonisierung - immer noch imperialistischen Westens aussah.

Der Vietnamkrieg wurde zum Symbol für den immer deutlicher zu Tage tretenden Nord-Süd-Konflikt, der die Dominanz des seit 1945 die Welt in Atem haltenden Ost-West-Konflikts in Frage zu stellen schien. Hier zeigte sich, dass die Welt komplexer geworden war, dass die alten Schwarz-Weiss-Schemata nicht mehr stimmten. Die Entwicklungen der 60er Jahre machten manifest, was vorher schon vorhanden gewesen war, aber angesichts der Konfrontation der Supermächte allzu häufig übersehen wurde: die Welt bestand nicht nur aus zwei Blöcken, die den Menschen nur die Wahl für oder gegen Kommunismus, für oder gegen eine Freiheit ließ, wie sie in Washington definiert wurde. Nicht jeder politische Vorgang war mit einer Entscheidung für oder gegen eine der beiden Supermächte verbunden. Nicht jede Befreiungsbewegung, nicht einmal alle Kommunisten und schon gar nicht alle Marxisten standen auf der Seite Moskaus, und nicht alle kapitalistischen Länder unterwarfen sich bedingungslos dem Diktat Washingtons.

Der Konflikt zwischen China und der SU zeigte nur zu deutlich, dass das Blockdenken überholt war. Die SU geriet dadurch in eine gefährliche Zwickmühle, weil sie die Rolle als alleinige kommunist. Führungsmacht verloren hatte, während sie gleichzeitig dem Druck des KK ausgesetzt blieb. Aus der Sicht Moskaus entstand nun im wahrsten Sinne des Wortes eine Zweifrontenbedrohung.

Aber auch in den Blöcken selbst zeigten sich erhebliche Differenzierungserscheinungen. Frankreich war aus der milit. Integration der NATO ausgeschieden, und alle anderen europ. Verbündeten der USA standen dem Vietnamabenteuer zunehmend reserviert gegenüber. Die Studentenunruhen und das Aufkommen einer neuen Linken im Westen, auch in den USA, stellten das ganze Gefüge westlicher Politik infrage. Sie ließen das Beschreiten eines neuen, eines dritten Weges immerhin denkbar erscheinen und trugen zu teilweise erheblichen innenpolit. Veränderungen bei. Die kulturellen und sozialen Auswirkungen der 68er Bewegungen waren

auf Dauer noch bedeutsamer und veränderten das politische Klima in den westlichen Ländern nachhaltig.

Auf der anderen Seite hatte der Prager Frühling gezeigt, daß das poststalinistische System des Ostblocks zu unhaltbaren Zuständen geführt hatte. Reformen waren dringend geboten und wurden in den meisten Ostblockländern von einer wachsenden Zahl von Dissidenten immer offener angemahnt. Die gewaltsame Beendigung des Prager Frühlings hatte aber auch deutlich gemacht, daß das poststalinistische Establishment zu eben solchen Reformen nicht bereit war. Die sowjetischen Panzer in Prag hatten dem marxistisch-leninistischen System jede Attraktivität geraubt. Der zumindest theoretische Anspruch auf Fortschritt, Veränderung und auf die emanzipatorische Weltrevolution war durch das Schauspiel der Militärintervention gegen den Versuch eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zerstört worden. Das Sowjetregime war endgültig konservativ geworden. Die neue und auch die alte Linke im Westen wandte sich deshalb fast vollständig vom „Vaterland der Werktätigen“ ab. Dieselben Studenten, die noch im Frühjahr 68 mit den Rufen „Ho-Ho-Ho Chi Minh“ auf die Straße gegangen waren, demonstrierten nun im Sommer mit dem Schlachtruf „Dubcek-Svoboda“.

Paradoxe aber auch logischer Weise machte diese konservativ-reaktionäre Wende des Sowjetregimes die machtbewußten Herrn im Kreml allerdings auch zu attraktiveren Verhandlungspartnern für ihre alten Feinde in den Hauptstädten des Westens. Von konservativen Machtpolitikern war nämlich aus der Sicht westlicher Machtpolitiker weniger zu befürchten als von schwer bewaffneten Berufsrevolutionären, die vom Anspruch her die bipolare Weltordnung infrage stellten. Wenn die globalen Differenzierungstendenzen beide Blöcke sowohl von innen wie auch von außen her bedrohten, lag es nahe, daß die Führungen in Moskau und Washington gemeinsame Interessen bei der Politik des Systemerhalts entdeckten. Dies war die Geschäftsgrundlage für eine neue Phase des KK: die Politik der Entspannung, der Detente - das Thema der heutigen Sitzung.

Für USA war das Jahr 68 geradezu traumatisch. Am 4. April wurde in Memphis, TE Dr. Martin Luther King, der Führer der Bürgerrechtsbewegung ermordet. Am 6. Juni starb auch Robert Kennedy, der jüngere Bruder des ermordeten Präsidenten J.F.K. und aussichtsreiche Präsidentschaftsbewerber der Demokraten unter den Kugeln eines Attentäters. Politische Morde schienen zur Normalität zu werden.

Bereits im März hatte Präsident Johnson bekannt gegeben, dass er auf eine Wiederwahl verzichten würde. Die Tragödie in Vietnam hatte ihn zermürbt. Dort waren inzwischen beinahe 30.000 GIs ums Leben gekommen. Die Tet-

Offensive zu Jahresbeginn hatte aber gezeigt, dass dieser Opfer sinnlos waren, denn der Krieg war offensichtlich nicht zu gewinnen. Johnson erklärte sich deshalb bereit, von Juni an in Paris Friedensgespräche aufzunehmen. Doch diese Gespräche kamen nicht voran, da sich die USA weigerten, auf die Forderung Nordvietnams einzugehen, die südvietnamesische Regierung fallen zu lassen. Immerhin befahl Johnson am 31. Oktober, die Bombenangriffe auf Nordvietnam einzustellen.

Er beugte sich damit der öffentlichen Meinung in den USA, wo inzwischen gut die Hälfte der Bevölkerung gegen eine Fortsetzung des Krieges war. Noch wichtiger aber war wohl die Tatsache, dass die traditionell liberal eingestellte Demokrat. Partei immer stärker von der Abenteuerpolitik in Vietnam abrückte. Vizepräsident Hubert Humphrey, den die Demokraten als Präsidentschaftskandidat aufstellten, trat denn auch offen für eine Beendigung des Krieges ein.

Vietnam wurde nun zu einem zentralen Thema des Wahlkampfes für die Wahlen im November. Kandidat der Republikaner war ausgerechnet Richard Nixon, der wilde Kalte Krieger und Kommunistenfresser aus den 50er Jahren. Von ihm hätte man eigentlich eine knallharte Linie in Bezug auf Vietnam befürchten müssen. Tatsächlich präsentierte er sich als Kandidat der "schweigenden Mehrheit", jener patriotischen Mittelklasse-Amerikaner im mittleren Alter, die die alten Werte gegen Peaceniks, Blumenkinder, Linke und sonstige Störer verteidigen wollten. Nixon war der Mann der "Rednecks", der hart arbeitenden Malocher und Farmer, die vom Aufschwung der Goldenen Jahre profitiert hatten.

Doch die Fortsetzung des Goldenen Zeitalters schien bedroht. Die USA waren im Begriff, ihre wirtschaftl. Vormachtstellung zu verlieren. Der Dollar verlor immer mehr an Wert, und das Haushaltsdefizit des Bundes erreichte im Jahre 1968 bereits \$ 24,2 Mrd. Die Kosten des Vietnamkrieges im gleichen Jahr betrugen jedoch \$ 25 Mrd. Dieser Krieg drohte also, die USA in den Ruin zu treiben.

So kam es, dass auch Nixon für eine Beendigung des Krieges eintrat. Aber "Peace with honor" war Nixons Parole. Auf keinen Fall sollten die USA als Verlierer dastehen und wie einst die Franzosen mit eingeknicktem Schwanz aus Vietnam abziehen. Diese Parole kam an. Nixon gewann die Wahl, zwar knapp mit nur einem Prozent Vorsprung, aber entscheidend. "Tricky Dick" war am Ziel seiner Träume.

Die neue Administration wurde nur mit Nixon-Leuten besetzt: weisse, angelsächsische Aufsteigertypen - und alles Männer. Als Sicherheitsberater suchte sich Nixon jedoch eine ganz besondere Persönlichkeit aus: Professor

Henry Kissinger. Kissinger hatte seine Kindheit in Fürth bei Nürnberg verbracht, von wo er im Alter von 12 Jahren mit seiner jüdischen Familie emigrieren musste. In den USA machte er Karriere als Harvard-Professor für polit. Wissenschaften. Ein Sprachtalent war er nicht, denn sein starker dter Akzent machte ihn zur Zielscheibe böser Witze, v.a. nachdem er in die Politik gegangen war. Kissinger hielt sich für ein außenpolitisches Genie und es war kein Zufall, dass Metternich und Bismarck seine grossen Vorbilder darstellten. Ihnen wollte er es gleichtun: Raffinierte Diplomatie im Interesse von konservativer Machtpolitik. Ideologische Borniertheit, wie früher bei John Foster Dulles, war ihm fremd. Kissinger wurde zum wichtigsten Mann in Nixons Team, wobei Nixons eigener Einfluss als versierter Aussenpolitiker nicht unterschätzt werden darf.

Nixon und Kissinger arbeiteten ein Programm zur Beendigung des amerik. Engagements in Vietnam aus. Das Ganze war ein typisches Produkt der Denkweise Kissingers: Raffiniert bis zur Überkompliziertheit nach dem Motto, von hinten durch die Brust ins Auge. Die US-Truppen sollten schrittweise bis zum völligen Abzug reduziert werden. Gleichzeitig setzte man auf "Vietnamization", d.h. Aufrüstung Südvietnams bis an den Punkt, wo sich das dortige Regime aus eigener Kraft verteidigen konnte. Währenddessen sollten die noch vorhandenen US-Truppen massive Schläge austeilen. V.a. die Air Force sollte jeden Widerstand zusammenbomben. Auf diese Weise hoffte Washington, die Nordvietnamesen zu Konzessionen bei den Verhandlungen in Paris zu zwingen. Die Verhandlungen wollte Kissinger persönlich auf geheimen Kanälen führen. Schon am 4. August 1969 traf sich Kissinger heimlich mit dem nordvietnamesischen Verhandlungsführer Le Duc Tho, doch zunächst ohne Erfolg.

Andererseits wurde der Krieg zunächst einmal verschärft. Im Frühjahr 1969 startete die US-Armee im A-Shau Tal eine Großoffensive, um die nordvietnamesische Armee aus dem zentralen Hochland Südvietnams nach Laos zurückzuwerfen und damit eine Verbindungslinie zum "Ho Chi Minh Pfad" zu schliessen. Mit gewaltigem Aufwand trieben die GIs den Feind vor sich her, bis sich die Kämpfe an der Höhe 937 festbissen. In diesem Gelände nutzte die Luftüberlegenheit der Air Force, die bereits 500.000kg an Spreng- und Napalmbomben abgeworfen hatte, nichts mehr. Es kam zum Nahkampf Mann gegen Mann, der so grausam war, dass die GIs der Höhe den Spitznamen "Hamburger Hill" gaben, weil dort aus Menschen Hackfleisch gemacht wurde. Am 4. Juni war der Hügel gestürmt und das Operationsziel erreicht. Doch am 5. Juni befahl das Oberkommando, den Abzug von der Höhe 937 und auch das ganze A-Shau Tal wurde dem Feind überlassen. - Die Soldaten kamen sich böse veralbert vor.

Während die milit. Führung auf diese Weise die Moral der eigenen Truppe

untergrub, weitete die polit. Führung den Krieg noch weiter aus. Im Februar 1969 autorisierte Nixon die geheime Bombardierung kommunist. Stellungen im Osten Kambodschas, um den Ho Chi Minh Pfad zu blockieren. Damit wurde auch dieses Land in den Krieg hineingezogen. Nur ein Jahr später wurde in Phnom Penh Staatschef Prinz Sinahouk gestürzt und ein US-freundliches Regime unter General Lon Nol etabliert. Doch der General verlor bald die Kontrolle über das Land, da die Roten Khmer nun Unterstützung durch die von US-Bomben drangsalierte Bevölkerung erhielten. Kambodscha wurde damit destabilisiert, und die Nixon-Administration bereitete auf diese Weise den Boden für das spätere Terror-Regime Pol Pots. Auch Laos wurde verstärkt in den Krieg hineingezogen, sodass als Ergebnis der Politik von "peace with honor"-Politik ganz Südostasien in Brand stand.

Mehr noch: Der gleichzeitige kontinuierliche Abzug von US-Truppen untergrub die Moral der GIs gänzlich. Bereits 1970 standen nur noch 300.000 Mann in Vietnam. Die verbliebenen Truppen verspürten dementsprechend keine Lust mehr, für eine erkennbar verlorene Sache ihr Leben zu riskieren. Ganze Einheiten meuterten. Der Drogenkonsum nahm derart überhand, daß 1971 4X so viele GIs wegen Drogenmißbrauch im Lazarett lagen als wegen Schusswunden. Die Kampfmoral war derart tief gesunken, dass in einer Soldatenzeitung \$ 10.000 Belohnung für die Ermordung des verantwortlichen Offiziers für die Offensive am Hamburger Hill ausgesetzt wurden. Das Konzept von Nixon und Kissinger war gescheitert.

In den USA herrschte inzwischen offener Aufruhr gegen den Krieg. Tausende von Rekruten verbrannten öffentlich ihre Einberufungsbefehle. Anfang Mai 1970 erschoss die Nationalgarde auf dem Campus der Kent State University of Ohio vier Demonstranten. Ähnliche Fälle folgten. Bis in die Familien hinein herrschte eine Art Bürgerkriegsstimmung. Überdies verlor die Regierung durch immer neue Enthüllungen den Propagandakrieg. Die Veröffentlichung der sogenannten Pentagon Papers durch die New York Times seit Juni 1971 bewies zudem, dass seit den Tagen Eisenhowers mehrere US-Administrationen die Öffentlichkeit und den Congress glatt belogen hatten. Nixon, der einen Hang zur Paranoia und zu dunklen Aktivitäten besaß, beauftragte einige seiner Mitarbeiter mit der Ausspionierung oppositioneller Kräfte. Diese "Plumbers" starteten illegale Abhöraktionen und brachen in Büros ein. Als sie im Wahlkampf 1972 auch in das Büro des demokrat. Präsidentschaftskandidaten MacCarthy im Watergate-Komplex von Washington einbrachen, waren sie endgültig zu weit gegangen. Auch wenn Nixon seine Wiederwahl triumphal gewann, so war hier doch der Grundstein zu seinem Untergang gelegt worden.

Die Vietnam-Politik war zu diesem Zeitpunkt gänzlich gescheitert. Der schrittweise Abzug der Truppen erwies sich als fatal, die südvietnamesische

Armee erwies sich als unbrauchbar und der Feind erwies sich als unbesiegbar, wie eine erneute Grossoffensive im Frühjahr 1972 demonstrierte. Der Krieg mußte jetzt um beinahe jeden Preis beendet werden. Zu Weihnachten 1972 befahl Nixon noch einmal gewaltige Luftangriffe auf die nordvietnamesischen Städte. Furchtbare Verwüstungen wurden angerichtet, aber die Air Force verlor unter anderem 15 B-52 Bomber.

Derweil hatte Kissinger in Paris weiter verhandelt. Alle amerik. Forderungen wurden jedoch trotz der Bombardements von den Nordvietnamesen abgelehnt. So unterzeichneten Kissinger und Le Duc Tho am 27. Januar 1973 ein Abkommen, das schon 1968 zu haben gewesen wäre: die milit. Fronten wurden eingefroren, die US-Truppen sollten abgezogen werden, während Nordvietnam versprach, einstweilen das Regime in Saigon in Ruhe zu lassen. Bereits am 29. März 1973 verliessen die letzten US-Kampftruppen Vietnam. 2 Mio Vietnamesen waren in diesem Krieg ums Leben gekommen. Noch weit mehr waren verstümmelt, entwurzelt, verwaist. Als Folge des Einsatzes von hochgiftigen Entlaubungsmitteln („Agent Orange“), sterben noch heute viele Menschen in Vietnam und es kommt immer wieder zu furchtbaren Missbildungen bei Neugeborenen. Die Politik des „Peace with honor“ hatte aber auch weiteren 20.000 GIs das Leben gekostet und sollte indirekt noch 3 Mio Kambodschaner unter Pol Pot zu Tode kommen lassen.

In einer seiner phantastischsten Entscheidungen beschloss das Komitee weiser Männer in Oslo, Kissinger und Le Duc Tho den Friedensnobelpreis zu verleihen. Le Duc Tho besass Würde genug, den Preis abzulehnen. Doch der publicity-bewusste Kissinger liess sich in Oslo als Friedensengel feiern. Nur wenige Monate später brach der Krieg in Vietnam erneut aus. Dabei wurde schnell die Überlegenheit der Nordvietnamesen deutlich. Am 30. April 1975 fiel Saigon, und Vietnam wurde wiedervereinigt. Kissinger hatte eben nur eine Schamfrist ausgehandelt, um den geordneten Abzug zu bewerkstelligen.

Während der Vietnam der Krieg noch mit amerikanischer Beteiligung tobte, bewiesen Nixon und Kissinger jedoch, dass sie im Gegensatz zu vielen ihrer Vorgänger und auch Nachfolger die Welt nicht nur durch die Brille von Vorurteilen betrachteten. Wo andere, vor allem Militärs, immer noch von einer kommunist. Weltverschwörung sprachen, die es galt in Vietnam zu bekämpfen, begriffen sie die grosse Chance, die durch den Bruch zwischen der SU und China entstanden war. Die beiden kommunist. Hauptmächte konnten nämlich im US-Interesse wunderbar gegeneinander ausgespielt werden. In charakteristischer Weise griff Kissinger wieder einmal zum Mittel der Geheimdiplomatie, als er im Verlauf des Jahres 1971 mehrmals heimlich nach Peking reiste, um dort die chines.-amerik. Beziehungen zu reparieren. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die USA China als Erzfeind behandelt und zum Ärger des Peking Regimes Tschiang Kai Checks Herrschaftsclique im

taiwanesischen Taipe als legitime Regierung Chinas anerkannt. Die Nixon-Administration war nun bereit, diese Positionen zu opfern. Kissingers Diplomatie war erfolgreich, da seine altmodischen Methoden in Peking auf Gegenliebe stiessen. Im Februar 1972 konnte sich Nixon seinen angeblichen Lebenstraum erfüllen und nach Peking reisen, um sich dort mit der chines. Führung zu treffen. In der "Grossen Halle des Volkes" durfte er chines. Delikatessen schlemmen, darunter frisch gebratene Skorpione. Mao und Premierminister Tschou En Lai empfingen ihn. Am Ende standen mehrere Handels- und Kulturabkommen, die auf die Anerkennung der Volksrepublik auf Kosten Taiwans hinausliefen.

Nixon und Kissinger hatten die "China-Karte" gespielt und damit Moskau unter erheblichen Zugzwang gesetzt. Denn das Endziel war, wie Kissinger es ausdrückte, die SU zu einer verlässlichen, zivilisierten und stabilisierenden Politik zu erziehen.

Dabei war, was niemand offen aussprach, der sowjet. Einmarsch in Prag durchaus hilfreich. Die sowjet. Führung hatte sich damit nämlich nicht nur ins Unrecht gesetzt, sondern auch aller Welt demonstriert, dass ihr konservative Macht- und Systemerhaltung über alles ging. Tatsächlich war der Ostblock auch nicht mehr das, was er einmal gewesen war. Als die sowjet. Führung bei einem Treffen der Warschauer-Pakt-Staaten im März 1969 die Endsendung von Truppen der Bruderländer an die sowjet.-chines. Grenze zur Demonstration der Solidarität verlangte, weigerte sich der Rumäne Nicolai Ceaucescu ganz offen, während die anderen Ostblockführer nach Ausflüchten suchten. Die Idee musste fallen gelassen werden. Vielleicht noch schlimmer war die Tatsache, dass der Einmarsch in Prag nicht nur keineswegs für Ruhe gesorgt hatte, sondern die Aktivitäten von empörten Dissidenten eher anstachelte. Der Vater der sowjet. H-Bombe, Andrej Sacharow, war hier nur ein besonders prominentes Beispiel. Als es schliesslich 1970 in Danzig zu ausgedehnten Streiks und Unruhen kam, war klar, dass der "real existierende Sozialismus" weiter kriselte. Das grösste Problem aber war wohl China, und die Politik der USA war nicht dazu angetan, dieses Problem zu verkleinern. So lag es auch aus sowjet. Sicht nahe, einen modus vivendi mit dem Westen zu finden. Dies war umso leichter, als die SU jetzt immerhin aus einer Position der militärischen Stärke heraus verhandeln konnte, denn bei strategischen Atomwaffen war Ende der 60er Jahre Parität erreicht worden. Da machte es auch nicht mehr so viel aus, dass man den Wettlauf zum Mond im Jahre 1969 endgültig verloren hatte. In der sich nun herausbildenden neuen politischen Grosswetterlage verloren derartige Propagandaerfolge erheblich an Bedeutung.

2. Detente

Die Anfänge der Entspannungspolitik waren ausgesprochen merkwürdig. Seit November 1968 war die sowjet. Führung sehr beunruhigt über die Wahl des, als entschiedener Kalter Krieger bekannten, Richard Nixon zum Präsidenten der USA. Kurz vor der Amtseinführung Nixons im Januar 1969 eröffnete daher der KGB-Chef in der sowjet. Botschaft in Washington, Boris Sedov, einen Geheimkontakt zu Henry Kissinger, dem neuernannten Sicherheitsberater Nixons. Sedov sprach zu Kissinger über die Sorgen Moskaus und bat ihn, eine öffentliche Erklärung der neuen Administration dahin gehend zu veranlassen, dass die Kontakte mit Moskau offen gehalten würden. Was Sedov und seine Vorgesetzten in Moskau nicht ahnten, war die Tatsache, dass sie mit diesem Unterfangen bei Nixon offene Türen einrannten.

Nixon hatte bereits im März 1968 eine Rede vorbereitet, die er dann wegen Johnsons Rückzug aus dem Wahlkampf nicht hielt, in der er eine konsziliante Haltung gegenüber Moskau ankündigen wollte. "... a new era in our relations with the Soviets, a new round of summit meetings and other negotiations" sollten in dieser Rede versprochen werden. Sedovs Annäherungsversuche waren deshalb willkommen. In seiner Einführungsrede tat der neue Präsident denn auch Moskau den gewünschten Gefallen. So stellte er fest: "After a period of confrontation, we are entering an era of negotiation. Let all nations know that during this Administration our lines of communications are open ... With those who are willing to join, let us cooperate to reduce the burden of arms, to strengthen the structure of peace."

Damit war ein neues Kapitel in den sowjet.-amerik. Beziehungen aufgeschlagen. Eine Periode direkter Verhandlungen über beiderseitig interessierende Probleme konnte beginnen. Ganz oben auf der Liste stand dabei die dringend notwendige Frage einer Rüstungsbegrenzung. Da beide Seiten jetzt ungefähre Parität bei strategischen Waffen erreicht hatten, konnte der Rüstungswettlauf abgebremst werden. Das lag auch im beiderseitigen Interesse, denn ein ungehemmtes Wettrüsten musste in den Ruin führen und konnte darüber hinaus die gerade mühsam erreichte relative Stabilität in den Ost-West-Beziehungen untergraben. Tatsächlich hatte der Rüstungswettlauf bereits solche Dimensionen angenommen, dass eine weitere Verschärfung für die Volkswirtschaften untragbar war. Nach Schätzungen der CIA verschwendete die SU in dieser Phase jährlich zwischen 12 und 16% des Bruttosozialprodukts auf Militärsausgaben. Neueste Zahlen nach dem Untergang der SU sprechen sogar von 25%. Aber auch in den USA wurde die strategische Rüstung zu einer gefährlichen Last. Die Staatsfinanzen waren ohnehin durch den Vietnamkrieg überbeansprucht, während die Wirtschaft stagnierte. Es lag deshalb nahe, ein weiteres

Wachstum der Ausgaben für strategische Rüstung zu unterbinden.

Im November 1969 nahmen sowjet. und amerikan. Unterhändler Rüstungsbegrenzungsgespräche in Helsinki und Wien auf. Da die Materie äußerst kompliziert war, zogen sich die Verhandlungen in die Länge. Das gegenseitige Aufrechnen unterschiedlichster Waffensysteme war schon schwierig genug. Die Sache wurde noch komplizierter durch die inzwischen entstandenen technologischen Möglichkeiten des Aufbaus von Raketenabwehrsystemen. Ein flächendeckendes Abwehrsystem gegen ICBMs drohte jedoch, das ganze Kalkül der MAD zu untergraben. Mit einem derartigen System wurde ein überraschender Erstschlag denkbar, ohne dass der Angreifer mit einem vernichtenden Gegenschlag rechnen musste. Dieser Aspekt musste in die Verhandlungen einbezogen werden. Am schwierigsten war jedoch das Problem der Verifizierung. Im Bereich der Rüstungsbeschränkung galt nämlich wirklich Lenins alte Maxime: "Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser." Kontrolle aber bedeutete, der anderen Seite Einblicke in die eigenen, streng geheimen Rüstungsanstrengungen zu gewähren. Es bedurfte also einer Abmachung über die organisierte, kontrollierte und regelmässige gegenseitige Spionage. Zwischen den Erzfeinden des KK war eine solche Einigung nur schwer zu erzielen. Aber sie kam halbwegs zustande.

Nach seiner Rückkehr aus Peking konnte Nixon die Welt erneut überraschen, indem er einen offiziellen Besuch bei Leonid Breshnew in Moskau für den Mai 1972 ankündigte. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der amerik. Chinapolitik waren sich beide Seiten nahe genug gekommen, um ein erfolgreiches Gipfeltreffen abzuhalten. Die Kremlherren liessen sich denn auch nicht lumpen und empfingen Nixon mit einem Pomp, der den Festivitäten in Peking um nichts nachstand. Laut informierten Beobachtern war das Essen in Moskau sogar besser. Zudem wurden handfeste Abschlüsse getätigt. Die USA verkauften der SU ein Viertel ihrer Weizenernte - sehr zur Freude der US-Farmer, Nixons treuen Wählern. Es wurde ein Vertrag zur Einschränkung von Antiraketensystemen (ABM) unterzeichnet, der beiden Seiten nur minimale Abwehrwaffen erlaubte und damit die Philosophie der MAD in vollem Umfang aufrechterhielt. Obendrein wurde der SALT 1 - Vertrag unterzeichnet, der Vertrag zur Begrenzung strategischer Offensivwaffen. Es wurden Obergrenzen für die Anzahl von ICBMs gezogen, die den Sowjets mehr Raketen und den USA mehr Atomsprengköpfe gestatteten, aber ein Ausufern des Wettrüstens unterbanden. Doch das Wettrüsten, v.a. in Bezug auf technologische Neuerungen wurde damit keineswegs beendet. Unmittelbar nach dem Gipfeltreffen begannen deshalb die Verhandlungen für ein SALT 2 - Abkommen.

Der Moskauer Gipfel war ein großer Erfolg und garantierte zusammen mit der

Reise nach Peking Nixons Wiederwahl Ende 1972. Die Entspannungspolitik war nun im vollen Gange. Dies galt v.a. für das geographische Zentrum der Entspannungspolitik: Europa. Seit dem Bau der Berliner Mauer waren die Fronten eingefroren. Beide Seiten respektierten gegenseitig ihre jeweiligen Machtbereiche und hüteten sich, so etwas wie eine "roll back-" Politik oder umgekehrt die revolutionäre Unterwanderung zu versuchen. Selbst grössere Krisen in einem der Blöcke, wie sie der Einmarsch in der CSSR darstellte, riefen allenfalls propagandistische Proteste der anderen Seite hervor. Doch es gab viele ungelöste Probleme zwischen den Blöcken und einzelnen ihrer Mitglieder, die im Interesse dauerhafter Stabilität aus der Welt geschaffen werden mußten. So wurde die Regelung der offenen Fragen in Europa neben der Rüstungsbegrenzung zum zweiten Eckpfeiler der Entspannungspolitik.

Auch hier gingen die Supermächte grundsätzlich aufeinander zu. Doch waren sie bei der Lösung dieser Probleme entscheidend auf die Mithilfe ihrer europäischen Verbündeten angewiesen. Dies hatte zur Folge, dass die europäischen Staaten plötzlich an außenpolitischem Gewicht und Profil gewannen und aus dem Schatten eines reinen Klientendaseins heraustraten. V.a. die westeuropäischen Staaten ergriffen diese Chance. Alle NATO-Mitglieder traten entschieden für die Entspannungspolitik ein. Sie ließen sich darin auch nicht vom Einmarsch in Prag abschrecken. Sowohl der franz. Aussenminister Couve de Murville, wie auch der britische PM Harold Wilson stellten unmittelbar nach der Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten fest, daß dieses Ereignis nur ihre Entschlossenheit zur Fortführung der Entspannung stärke.

Eine Schlüsselrolle in diesem Prozess kam der BRD zu. Bis 1967 hatte die christlich-liberale Koalition in Bonn außenpolitisch bedingungslos an den Positionen des KK festgehalten. Dies bedeutete zwar faktisch den Verzicht auf beinahe jede eigenständige Außenpolitik und die völlige Unterwerfung unter die Führungsrolle der USA. Aber für die offiziell vertretene Absicht, die Ergebnisse des 2.WK revidieren zu wollen, war dies eine bequeme Politik. Wenn man mit den osteuropäischen Staaten keinen Umgang pflegte, dann brauchte man auch nicht die Frage der dten Ostgrenze gegenüber Polen anzuschneiden, mit der CSSR über die Vertreibung der Sudetendten zu reden und konnte die dte Frage für offen erklären, ohne konkrete Schritte zu ihre Lösung unternehmen zu müssen. Adenauers Politik der unbedingten Westintegration hatte in all diesen Fragen de facto Verzicht geleistet, da man die Lösung der Probleme auf den Sanktnimmerleinstag verschob. Gleichzeitig aber konnte die Bonner Regierung für den innenpolitischen Gebrauch konstant an nationalistische Emotionen appellieren, da man die Schuld für die ungelösten dten Probleme dem angeblich intransingenten Ostblock zuschob. Alle sowjet. Wiedervereinigungsangebote in den frühen 50er Jahren hatte Adenauer demgemäß als Propagandatricks abgetan.

Doch 1967 zerbrach die christlich-liberale Koalition und die CDU/CSU sah sich gezwungen, mit der SPD eine grosse Koalition einzugehen. Außenminister wurde der frühere Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt. Er und sein engster Mitarbeiter Egon Bahr traten schon seit längerem für eine andere Außenpolitik gegenüber dem Ostblock ein. "Wandel durch Annäherung", also Entspannungspolitik mit dem Ziel der Verbesserung der Lage Dtlands war ihr Kredo. In der grossen Koalition konnten sie dies nur in begrenztem Umfang durchsetzen. Aber die Aufnahme diplomat. Beziehungen zu Rumänien im Jahre 1967 war bereits ein Fanal. Für die Bundestagswahlen 1969 schlossen die Sozialdemokraten dann ein Bündnis mit der gewandelten FDP. Die Wahlen brachten der Sozialliberalen Koalition einen äußerst knappen Sieg. Doch der zukünftige SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner verkündete: "Mehrheit ist Mehrheit". Mit Unterstützung des liberalen Aussenministers Walter Scheel konnte Kanzler Brandt nun an die Durchsetzung seines außenpolit. Konzepts gehen: die neue Ostpolitik. Dabei war die ehemals nationalist. SPD den USA immer suspekt gewesen. Doch jetzt passte Brandts Konzept wunderbar in die gewandelte Grosswetterlage. Bahr und Kissinger öffneten einen direkten geheimen Draht, über den fortan die gemeinsame Politik koordiniert wurde. Gleichzeitig begann Bahr mit Unterstützung einiger KGB-Beamter Geheimverhandlungen mit Moskau.

In Moskau fanden die westl. Annäherungsversuche offene Ohren, denn der Kreml war an einer Regelung seiner Beziehungen zu Westeuropa interessiert, wenn dabei die bestehenden Grenzen in Europa anerkannt wurden. Genau dies bot die Regierung Brandt an. Das Ergebnis war eine Serie von Verträgen, angefangen vom Moskauer Vertrag, der die Beziehungen zwischen der BRD und der SU regelte. Dazu kam der Warschauer Vertrag, der die polnische Westgrenze indirekt garantierte. Absprachen mit der CSSR und die Regelung der Beziehungen zur DDR, die auf eine de facto Anerkennung des zweiten dten Staates hinauslief, folgten. Die international sehr populäre Ostpolitik, die Brandt den Friedensnobelpreis einbrachte, erlaubte schließlich sogar eine Viermächteregeung für Westberlin, die die Anbindung der Stadt an die BRD unter gewissen Einschränkungen bestätigte. An der Oberfläche hatte die Ostpolitik Brandts nur zu einer gegenseitigen Anerkennung des Status quo geführt. Doch im Kern veränderte sie die internationale Rolle der BRD grundlegend. Der Verlierer des 2. WK war nun wieder eine außenpolitische Potenz. Überdies wurde damit langfristig zu den Auflösungstendenzen im Ostblock beigetragen, denn den kommunist. Führungen ging ein wirkungsvolles Feindbild verloren, hatte man doch mit dem früheren antifaschistischen Widerstandskämpfer Brandt öffentlich Brüderschaft getrunken. Diese Dten konnte man nicht mehr verteufeln, und sogar die DDR-Führung musste sich mit dem verhassten Klassenfeind an einen Tisch setzen und zulassen, dass Brandt bei einem Besuch im ostdeutschen Erfurt von der Bevölkerung spontan begeistert gefeiert wurde.

Auch innenpolit. gelang es Brandt seinen neuen Kurs gegen den erbitterten Widerstand der CDU/CSU-Opposition und der Vertriebenenverbände, die Brandt Verrat und Ausverkauf dter Interessen vorwarfen und selbst vor dem Kauf von Abgeordneten nicht zurückschreckten, durchzusetzen. Bei den vorgezogenen Neuwahlen des Jahres 1972 gelang der SPD der bis dahin grösste Wahlsieg der Nachkriegsgeschichte.

Doch war die Entspannungspolitik zwischen den Blöcken wirklich ein Schritt zum Weltfrieden und zur Überwindung des KK, wie es ihre Protagonisten immer wieder beteuerten und woran Millionen ihrer Anhänger glaubten? Im Lichte der inzwischen bekannten Quellen und der anschliessenden Ereignisse ergibt sich doch ein sehr viel nüchterneres Bild. Für das Breshnev-Regime ging es vorrangig um die endgültige Anerkennung des sowjet. Machtbereichs in Europa. War dies einmal erreicht, konnte man sich dem Konflikt mit China ohne Bedrohung im Rücken zuwenden. Überdies verlieh die nun auch von den USA offiziell akzeptierte strategische Parität der SU eine erheblich gestärkte Position. Auf dieser Basis konnte der KK fortgeführt werden, und zwar in der 3.Welt. Hier waren die USA - der Vietnamkrieg hatte es gezeigt - verwundbar. Hier konnten machtpolitische Positionsverschiebungen erreicht werden. Aus der Sicht Moskaus verlagerte sich der KK nun außerhalb Europas.

Und der Westen? Nixon und Kissinger brauchten zunächst einmal Entlastung wegen Vietnam. Eine Annäherung an die SU war hier auf allen Ebenen hilfreich. Überdies aber, und das zeigen die bis heute bekannten Dokumente, hofften beide langfristig, eine Aufweichung des Ostblocks zu erreichen. Der Prager Frühling und die Extratouren der rumänischen Führung hatten ja gezeigt, wie verwundbar die SU dort war. Wenn die schroffen Fronten in Europa abgebaut wurden, stärkte dies nicht nur die Positionen der Dissidenten im Ostblock, sondern machte langfristig auch eine eigenständigere Politik der dortigen Regierungen möglich. Und was bedeutete das westdte Konzept "Wandel durch Annäherung" anderes als einen langfristigen Anschlag auf die innere Stabilität des Ostblocks? Diese Politik war, wie wir heute wissen, auf lange Sicht erfolgreich.

Dass der KK damals keineswegs vorüber war, zeigte sich plötzlich im Jahre 1973. Im Herbst brach im Nahen Osten der Yom Kippur Krieg aus, auf den wir in der nächsten Sitzung näher zu sprechen kommen werden. Zu diesem Zeitpunkt war Nixon bereits wegen der Watergate-Affäre weitgehend als Präsident paralysiert. Kissinger leitete jetzt die US-Außenpolitik im Alleingang. Als die SU nun verlangte, gemeinsam mit den USA im NO für die Wiederherstellung des Friedens milit. zu intervenieren, sah Kissinger das globale Machtgefüge bedroht. Unter keinen Umständen sollte sich die SU im NO dauerhaft milit. etablieren. Kissinger befahl deshalb im Alleingang den

Atomalarm für die US-Streitkräfte. Für einige Stunden stand die Welt wieder am Rand einer nuklearen Katastrophe, der nur deshalb nicht überschritten wurde, weil die SU nicht reagierte.

Doch diese Politik der nuklearen Pressure blieb Episode. Die Entspannungspolitik ging weiter. 1975 trafen sich das sowjet. Soyuz-Raumschiff und die amerik. Apollo-Kapsel zum ersten Weltraum-Rendezvous. Dieser Demonstration im All standen handfeste Verhandlungen auf der Erde gegenüber. In Helsinki trafen sich alle europ. Staaten (ausser Albanien), die USA und Kanada zu einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit. Der neue US-Präsident Gerald Ford und Leonid Breschnew waren ebenfalls anwesend. Das Abschlußdokument sah wie ein triumphaler Sieg der SU aus: als Ergebnis der Entspannungspolitik wurden die Grenzen in Europa nun multilateral festgeschrieben und damit der sowjet. Machtbereich garantiert. John Foster Dulles wird im Grabe rotiert haben. Der KK schien in Europa in einem Unentschieden geendet zu haben, denn von "roll back" war keine Rede mehr. Nur am Schluß des Dokuments machten die Warschauer-Pakt-Staaten eine scheinbar bedeutungslose Konzession: Sie erklärten sich zur Achtung der Menschenrechte auch in ihren Ländern bereit. Damit aber war den Dissidenten in diesen Staaten Tür und Tor geöffnet, konnten sie sich doch jetzt auf internationale Abmachungen berufen. Überdies erhielt der Westen ein erhebliches Druckmittel in die Hand, um das Wohlergehen des Ostblocks anzumahnen. Der "Wandel durch Annäherung" begann zu wirken.

Zurück aus Helsinki hielt Breschnew im Kreml eine triumphierende Rede vor Kriegsveteranen:

"Kaum war der Rauch über den Schlachtfeldern des 2.WK verzogen, als die aggressivsten Kreise der Imperialisten den Kalten Krieg begannen. Wüste Beschimpfungen und Provokationen der Sozialistischen Länder, atomare Erpressung, Versuche einer wirtschaftlichen Blockade, verstärkt durch Hoffnungen, wir seien durch den Krieg wirtschaftlich geschwächt - all diese Methoden wurden von den Führern des Imperialismus benutzt, um das Wachstum des Sozialismus zu verhindern und die Zunahme seines Einflusses in der Welt zu schwächen. Aber die Kräfte der Reaktion, die den Kalten Krieg auslösten, verkalkulierten sich. Es gelang ihnen nicht, den Sozialismus zu unterdrücken oder nur zu schwächen.

In dieser neuen Lage haben die Führer der bourgeoisen Welt ebenfalls erkannt, dass der Kalte Krieg sich überlebt hat und dass eine neue, vernünftigere und realistischere Politik vonnöten ist. Unsere Forderung nach friedlicher Koexistenz hat ernsthaften Widerhall in vielen kapitalistischen Ländern gefunden ..."

Breschnew war also überzeugt, dass seine Politik der konservativen Systemerhaltung im sowjet. Machtbereich internationale Anerkennung

erfahren hatte. Er hatte sichtlich nicht begriffen, was er in Helsinki unterschrieben hatte. Korb 3 der Vereinbarungen, die Garantie der Menschenrechte, sollte ihm noch viele Kopfschmerzen bereiten ...